Jugendbeteiligungskonzept SPD/CDU Vorlage 4498 RV 20.07.21

Es gilt das gesprochene Wort

Vorliegender Antrag = Ergebnis einer intensiven Diskussion und eines längeren Abstimmungsprozesses, auch über unsere Fraktionsgrenzen hinweg

Leitgedanke bei allen Überlegungen war:

Was können wir als Regionspolitiker*innen tun, um mehr junge Menschen zu motivieren, für ihre Interessen einzutreten.

Wie können wir sie darin bestärken und unterstützen, ihre Rechte wahrzunehmen und eigene Vorhaben durchzusetzen und damit einen Beitrag leisten, einer Politikverdrossenheit schon in jungen Jahren entgegenzuwirken.

Der erste Aufschlag ist schon vier Jahre her: 2017 gab es den Versuch einer Bestandsaufnahme mit einer Umfrage in den Kommunen zu Art und Umfang der Beteiligung von Jugendlichen am politischen Geschehen.

Mit einer sich anschließenden Vorlage der Verwaltung gaben wir uns nicht zufrieden, es folgte ein erstes interfraktionelles Gespräch zu dieser Thematik, welches sehr kooperativ verlief. Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich bei den Teilnehmern der anderen Fraktionen, Herrn Nagel, Frau Arikoglu und Frau Kaußen bedanken, die 2019 dieser Einladung unseres damaligen jugendpolitischen Sprechers Herrn Dr. Härdrich gefolgt waren.

Im Ergebnis waren wir uns einig:

Um ein erfolgversprechendes Konzept auf den Weg bringen zu können, ist eine externe Beratung sinnvoll und notwendig.

Insofern kam es -mit Corona bedingten Verzögerungen- Ende letzten Jahres endlich zu einer Anhörung mit Prof.Dr.Stange, der überregional bekannten Koryphäe mit einem breitem Spektrum an Erfahrungen und Expertisen auf diesem Gebiet.

Die zentralen Ergebnisse dieser Anhörung sind in dem nun zur Beschlussfassung vorliegendem Antrag zusammengefasst.

Bei der Partizipation von Kindern und Jugendlichen geht es zunächst grundsätzlich darum, ihnen zuzuhören, ihre Gedanken zu akzeptieren – es geht nicht um Vereinnahmung.

Die vielfältigen Erfahrungen und Untersuchungen von der Arbeit mit Jugendlichen zeigen, dass diese immer dann zur Teilnahme und Mitwirkung zu bewegen sind, wenn sie

- a) niedrigschwellig eingebunden werden und
- b) sie zu der Überzeugung gelangen und das Gefühl haben, ernst genommen zu werden

Wie bei vielen anderen Situationen im Leben gilt auch hier:

Man sollte die Menschen da abholen, wo sie sind.

Und das ist bei Jugendlichen im Regelfall ihr persönliches Umfeld, ihre Schule, Verein oder Jugendeinrichtung, ihr Stadtteil, ihre Gemeinde, ihre Stadt. Hier können sie am ehesten motiviert werden sich zu engagieren, mitzumachen, etwas auf den Weg zu bringen.

Und das, wofür man sich engagiert, sollte überschaubar, im persönlichen Umfeld, in einer absehbaren Zukunft und nicht erst nach Jahren erreichbar sein.

Insofern geht der Auftrag an die Verwaltung, in Kooperation mit den Städten und Gemeinden eine Förderrichtlinie zu erarbeiten, welche das beschriebene Ziel umsetzen soll. Es geht um niedrigschwellige Projekte, in deren Planung und Umsetzung Jugendliche vor Ort in ihrer Heimatkommune einbezogen und maßgeblich beteiligt werden.

Das kann die Gestaltung öffentlicher Plätze genauso sein wie das allgemein bekannte Beispiel des Bauwagens, die Renovierung und Gestaltung von eigenen Räumen, aber auch die Beteiligung an Radwegeplanungen oder auch die Einbindung in Maßnahmen der Schulwegsicherung.

Denn: Für das, was ich selbst gestalte, bin ich auch bereit mich selbst stärker einzubringen und verantwortlich zu fühlen.

Beteiligung stärkt Selbstbewusstsein, die Kooperationsfähigkeit und erhöht das Verantwortungsbewusstsein. Nicht zuletzt ist solch ein Engagement ein wichtiger Baustein für Toleranz und der Stärkung demokratischer Strukturen.

Dabei halten wir es für wichtig, langjährige Erfahrungen einzubeziehen und auf diesen aufzubauen, etwa was bereits bestehende Jugendparlamente betrifft.

Dabei ist jedem klar: Lebenswege in jungen Jahren ändern sich ständig. Die jungen Menschen, mit denen man noch vor kurzem gerechnet, mit denen man sich zusammen engagiert hat, sind oft schon morgen wieder woanders, weil ihre Lebensplanungen sich entsprechend geändert haben.

Das muss ein Konzept zur Jugendbeteiligung berücksichtigen.

Sämtliche empirischen Untersuchungen haben gezeigt:

Will man dauerhaft und verlässlich Beteiligungsprozesse mit Jugendlichen initiieren und am Laufen halten, so geht das nur mit einem eigenen Budget und einer hauptamtlichen Unterstützung.

Dadurch kann man einerseits deutlich machen, dass man Interessen von Jugendlichen ernst nimmt und bereit ist, Geld dafür in die Hand zu nehmen.

Zum anderen soll eine erwachsene Begleitung erfahrene Unterstützung gewährleisten, wenn sie angefordert wird; sie steht sowohl für Kontinuität und Vernetzung als auch für einen effektiven Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen allen Kommunen in der Region.

Punkt 5 bezieht sich auf die frühe Unterstützung bei der Mitwirkung von Kindern wie sie das KiTaGesetz und das SGB VIII vorsieht. Hier wird eine altersentsprechende Mitwirkung angeregt – sei es beispielsweise bei der Spielebeschaffung oder bei der Essensauswahl. Vielleicht gibt es ja auch noch andere kreative Ideen. Das wollen wir durch einen Wettbewerb fördern und unsere Kindertagesstätten dazu animieren.

Last not least: “Pimp your town“ ist ein erfolgreiches Demokratieplanspiel auch bei uns auf Regionsebene. Die Fortführung ist uns wichtig – auch als Instrument der politischen Willensbildung.

Ich freue und bedanke mich, dass wir mit den Kolleginnen und Kollegen unseres Gruppenpartners CDU in konstruktiven Gesprächen zu guter Letzt Einigkeit erzielen konnten und nun einen aus meiner Sicht wegweisenden Auftrag an die Verwaltung hier und heute auf den Weg bringen.

Im Jugendhilfeausschuss wurde dieser Antrag einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen; ich hoffe in der Versammlung gleich auf das gleiche Ergebnis!